Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 1824

Antrag

der Fraktion der KPD

betr. Behandlung politischer Gefangener.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird verpflichtet, beschleunigt dem Bundestag geeignete Vorschläge zu unterbreiten, um

1. den im Rahmen der Gesetze Verurteilten, die sich zu der Tat auf Grund ihrer sittlichen, religiösen oder politischen Überzeugung für verpflichtet gehalten haben, einen Strafvollzug zu sichern, der der Ehrenhaftigkeit der Tat gerecht wird,

2. in die Strafprozeßordnung eine Bestimmung einzuschalten, daß das Gericht Feststellungen über den Überzeugungstäter trifft.

Bonn, den 23. Januar 1951

Renner und Fraktion

Druck: Peter Meier, Buisdorf-Siegburg
Allein-Vertrieb Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Str. 30
und Wiesbaden, Nietzschestr. 1